

Brief aus Berlin

28.02.2023



Liebe Leserinnen und Leser,

Anfang des Monats erschütterte die Nachricht des verheerenden Erdbebens in der Türkei und Syrien die ganze Welt. Besondere Dankbarkeit und Respekt empfinde ich gegenüber den vielen Menschen, die als Hilfskräfte auf die unterschiedlichsten Arten den Betroffenen geholfen haben.

Auch der Jahrestag des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine am 24. Februar war ein trauriges Ereignis. Der Krieg, und all die damit zusammenhängenden Auswirkungen, bestimmt die Politik seit seinem Beginn. Wir müssen daher gemeinsam mit Kraft und Mut hinter der Ukraine stehen.

Aber es ist auch an der Zeit den Blick nach vorne zu richten. Die erwarteten wirtschaftlichen Einbußen werden wohl doch weniger stark ausfallen als zunächst befürchtet. Dies muss für uns alle Anlass zu Hoffnung sein und besonders für die politischen Entscheidungsträger deutlich zeigen: man muss mit klarem Kopf entschieden Schritte hin zu einer Stabilisierung des Marktes gehen.

Liebe Grüße aus Berlin

Ihr Alois Rainer

Diese Woche:

Seite 2

Themen im Bundestag



Seite 3

Rainer trifft...



mehr unter:



www.alois-rainer.de



CSU
IM BUNDESTAG



Themen im Bundestag

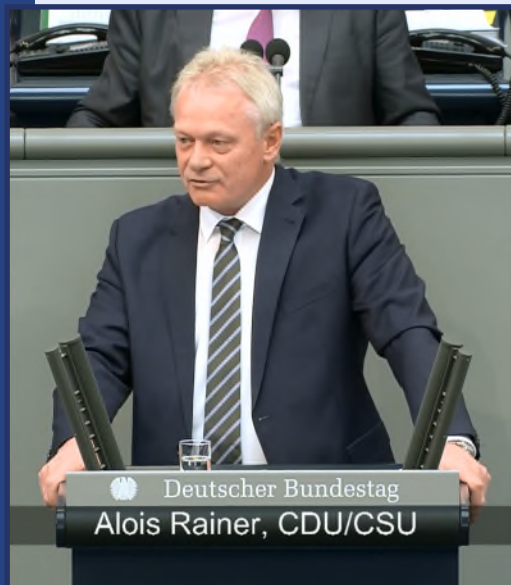
Wir fordern: geplante Krankenhausreform stoppen - Konsequenzen wären katastrophal

Es ist keine Frage, dass eine Krankenhausreform dringen notwendig ist. Jedoch hätte die angekündigte Krankenhausreform des Gesundheitsministers Karl Lauterbach für ganz Deutschland verhängnisvolle Konsequenzen. Die Vorgaben kämen bei einer konsequenten Umsetzung einem Kahlschlag in der gesamten deutschen Krankheitslandschaft gleich. Die angesetzte Einstufung der Krankenhäuser in drei Angebotskategorien hätte beispielsweise zu Folge, dass viele bisherige Leistungen nun nicht mehr in Anspruch genommen werden könnten. Insbesondere für die ländlichen Regionen hätte das fatale Auswirkungen auf die Infrastruktur und die medizinische Versorgung. Wieder einmal wird deutlich, dass diese Regionen bei vielen aktuellen Entscheidungen in keiner Weise mitgedacht werden. Daher stehen wir als CDU/CSU-Fraktion dieser Reform kritisch gegenüber.

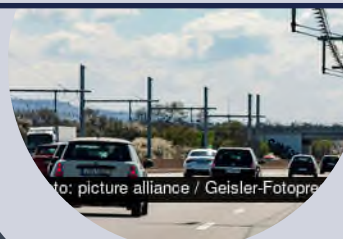
Regierungsparteien

halten Versprechen für finanzielle Hilfen nicht ein

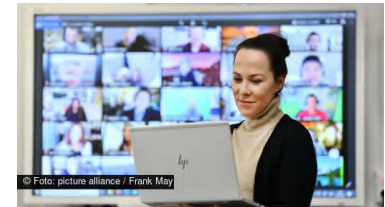
Die Ampel hat Privathaushalten und Betrieben mit Öl, Pellets und Flüssiggas finanzielle Hilfen versprochen. Gut 10 Millionen Privathaushalte in Deutschland heizen mit einem dieser Energieträger. In der letzten Sitzungswoche Ende Januar hat die Ampel entgegen dieser Zusage die Finanzmittel für die Hilfen gesperrt. In diesem Monat haben sie nun beschlossen, die Hilfen für Öl und Pellets nun doch an die Betriebe auszuzahlen. Jedoch sind die Beschlüsse halbherzig: Es ist mit 25 Mio. Euro weniger als versprochen. Die Auszahlungsbedingungen sind andere als mit den Ländern besprochen. Nutzer von Flüssiggasheizungen und Kultureinrichtungen fehlen noch in diesen Beschlüssen. Daher forderte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Ampel diesen Monat im Bundestag dazu auf, dass die Hilfen nun zügig bei privaten Haushalten und Betrieben ankommen.



Fehlentscheidung Verbrennermotoren-Verbot des EU-Parlaments



Digitale Vereinstreffen dank Union



Künftig können Vereine mit Vorstandsbeschluss bestimmen, dass Mitgliederversammlungen hybrid stattfinden. Bisher hat die Ampel die Vereine im Regen stehen lassen. Während die Union rein digitale Mitgliederversammlungen auch aufgrund eines Vorstandsbeschlusses erlauben wollte, fordert die Koalition einen vorherigen Mitgliederbeschluss. Die Koalition macht es an dieser Stelle zwar unnötig kompliziert, alles in allem setzen wir mit unserer Beharrlichkeit aber eine echte Vereinfachung für die Vereinsarbeit durch.



Das EU-Parlament hat endgültig für das Aus des Verbrennungsmotors gestimmt. Ab 2035 sollen in der EU nur noch Neuwagen verkauft werden, die keine Treibhausgase ausstoßen. Wir haben uns von Anfang an klar gegen ein drohendes Verbot des Verkaufs von Neuwagen und Transportern mit Verbrennungsmotor ausgesprochen. Wir hatten dazu Anträge eingebracht, die ein 90 %-Reduktionsziel sowie ein Anrechnungssystem für e-fuels forderten. Eine Mehrheit aus linken, grünen

und liberalen Abgeordneten hat diese Anträge im Ausschuss und im Plenum abgelehnt. Ein solches Verbrennerverbot widerspricht kategorisch dem Gebot der Technologieneutralität, das für uns essentiell ist, um mit den besten bestehenden und noch zu entwickelnden Technologien die Transformation hin zur Klimaneutralität 2050 erfolgreich zu gestalten. Viele Menschen sammeln bereits Unterschriften gegen die Umsetzung und ein erstes Europäisches Land wehrt sich gegen die Entscheidung.



Rainer trifft...



... Mark Branson, Präsident der BaFin

Ich habe mich sehr über den spannenden und interessanten Austausch mit Herrn Mark Branson, dem Präsidenten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, gefreut.



... Frau Eva Maria Schaffner, Referentin beim Handelsverband Textil Schuhe Lederwaren

Ich hatte auch die Gelegenheit, mich mit Frau Eva Maria Schaffner vom deutschen Handelsverband für Textilien, Schuhe und Lederwaren zu unterhalten. Das Gespräch war sehr anregend und informativ.



... Herrn Florian Köbler, Bundesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft

Mit Herrn Florian Köbler, Bundesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, konnte ich ein sehr aufschlussreiches Gespräch führen, wovon ich mich sehr gefreut habe.



... die Firma Leonhard-Weiss

Zudem bekam ich Besuch von einigen Führungskräften des Bereichs Schiene der Firma Leonhard-Weiss. Ich habe mich sehr gefreut, sie während ihrer Berlinreise im Bundestag willkommen heißen zu können und fand den Austausch sehr bereichernd.



Für Sie erreichbar:

in Berlin:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 77420
E-Mail: alois.rainer@bundestag.de

im Wahlkreis:
Schulstraße 1
94353 Haibach
Telefon: 09963 / 943 9494
E-Mail:
alois.rainer.wk@bundestag.de